

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 04.03.2010

Betriebsratswahlen 2010 - Mitbestimmungsrechte in der Krise nutzen - Demokratie verwirklichen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

In der Zeit von März 2010 bis Mai 2010 finden in tausenden Betrieben in ganz Deutschland Betriebsratswahlen statt. Diese Wahlen bergen die Chance für eine starke Interessenvertretung der Beschäftigten. Eine hohe Wahlbeteiligung der Beschäftigten sichert innerbetriebliche Demokratie und fördert den unternehmerischen Erfolg des Betriebes.

Der Landtag stellt fest, dass

- an der erfolgreichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch ihre Teilhabe und Mitbestimmung ihren Anteil haben,
- sich das Betriebsverfassungsgesetz und die Personalvertretungsgesetze durch die praktizierte betriebliche Mitbestimmung als Erfolgsgeschichte für die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite gleichermaßen erwiesen haben,
- die betriebliche Mitbestimmung mit ursächlich für den seit 60 Jahren andauernden sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland ist,
- sich die betriebliche Mitbestimmung in der Wirtschaftskrise nicht als Nachteil, sondern vielmehr als ein großer Vorteil für die Stabilisierung und die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen erwiesen hat,
- betriebliche Mitbestimmung ein Wettbewerbsvorteil ist,
- Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeitgeber in der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr kooperativ zusammengearbeitet haben, um Beschäftigung in den Betrieben zu sichern,
- engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als freiwillige Organisatoren und Kandidaten Betriebsratswahlen erst möglich machen.

Der Landtag ruft dazu auf, dass alle Beschäftigten in Betrieben mit einem Betriebsrat an den vom 1. März bis zum 31. Mai 2010 durchzuführenden Betriebsratswahlen teilnehmen und damit auch ihre Wertschätzung für die Betriebsratsarbeit ausdrücken.

Der Landtag distanziert sich

- vom Verhalten einzelner Unternehmen, die versuchen, die Gründung eines Betriebsrates durch Schikanen gegenüber ihren Beschäftigten zu verhindern oder die Arbeit eines bestehenden Betriebsrates behindern,
- von den Versuchen einzelner Manager, diejenigen Betriebsräte, die sich täglich für sichere und faire Arbeit in den Betrieben einsetzen, zu diffamieren,
- von der Verunglimpfung der Mitbestimmung durch das Unwort des Jahres „betriebsratsverseucht“, weil die Nutzer damit ein fehlendes Demokratieverständnis zeigen.

Für die Fraktion der CDU

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr
Fraktionsvorsitzender